

„Erschlagen und erlegt“: Judenhass und seine Folgen

Ausgegrenzt, verfolgt, bedroht und ermordet: Schon im Mittelalter gab es Ausschreitungen gegen Juden, auch in Meiningen. Beim Pogrom 1349 wurden sämtliche jüdischen Familien in der Stadt umgebracht. 1819 kam es erneut zu Übergriffen.

Von Christoph Gann

Alles, was von uns übrig bleibt, ist die Erinnerung. – so steht es in den Lebenserinnerungen des Meininger Rechtsanwalts und Notars Dr. Jacob Simon, die er vor 100 Jahren zu schreiben begann. Als Vorsitzender der jüdischen Kultusgemeinde ab Januar 1919 war ihm wichtig, „dass die Erinnerung an 1349 nicht in Vergessenheit kommt“. In jenem Jahr wurden alle in Meiningen lebenden Juden ermordet, auch Frauen und Kinder.

In der Meininger Chronik, verfasst von Johann Sebastian Güth, blieben die vorherigen Ermordungen von Juden in den Jahren 1242/43 und 1298 ungenannt. Dafür findet sich zum Pogrom von 1349 der bis dahin größte Abschnitt. Demnach lebten damals nur wenige Juden in Meiningen. In der Fastenzeit hätten sich aber viele Juden „zusammen gerotet und gehäuffet“. Sie seien „damals alenthalben durchhächet“ gewesen. Tatsächlich war es im Februar 1349 zur Tötung von Juden in Arnstadt, Eisenach, Gotha und andernorts ge-



Der jüdische Friedhof von Dreißigacker mit seinen alten Grabsteinen liegt außerhalb des Ortes in einem Waldstück und erinnert an das frühere jüdische Leben, wozu auch immer wieder antisemitische Angriffe gehörten. Die meisten Inschriften verwitterten im Laufe der Jahrhunderte. Foto: M. Hildebrand-Schönherr

ßen sich taufen. Die beiden Jüdinnen hätten dies abgelehnt und wollten „lieber mit ihren Eltern und Freunden im Feuer sterben, denn Christen werden“. Ludwig Bechstein, der sich in seinen Werken wiederholt mit dem Pogrom von 1349 befasst hat, sprach von den „treuen Jüdinnen“.

Das Gerücht vom Überfall

Güth, der die Chronik erst über 300 Jahre nach den Vorgängen verfasste und keine Quelle nennt, machte die Juden selbst verantwortlich. Sie hätten bereits am Palmsonntag eine Konspiration getroffen, wie sie sich die nächsten Tage verstärken könnten. Plan sei gewesen, am Karfreitag die Christen unter der Passionspredigt in der Pfarrkirche und der Klosterkirche zu überfallen und so viel wie möglich zu „tilgen und dämpfen“. Bis zum Karfreitag seien täglich fremde Juden hinzugekommen. Am Karfreitag in der Früh seien die Juden schon am angehenden Werke gewesen. Durch „eine sonderbare Schickung Gottes“ habe eine Christenmagd, die verspätet auf dem Weg zur Kirche war, an der Synagoge ein ziemliches „Geräusch bei und unter den Juden“ gehört. Sie habe vernommen, dass diese die Christen in beiden Kirchen überfallen wollten. Daraufhin habe sie die Christen warnen können.

Nun wäre es nicht verwunderlich gewesen, wenn sich die Juden in Meiningen aufgrund der vorangegangenen Pogrome in anderen Städten vorbereitend bewaffnet hätten. Dass sie aber selbst, gewissermaßen vorbeugend, die in den beiden Kirchen versammelten Christen töten

wollten, ist ungläubhaft. Zumal auch Güth nicht behauptet, dass Christen bei der Auseinandersetzung verletzt oder getötet worden sind. Der Pogrom fand überdies an einem Karfreitag statt. Dies legt nahe, dass er nicht nur in Verbindung mit der Angst vor der Pest stand, sondern auch mit dem alten Vorurteil, die Juden seien schuld am Tod Christi.

Die Pest wütete schließlich ab 1350 auch in Meiningen. Noch im Jahr 1357 soll es eine große Sterbelle gegeben haben. Laut Chronik gab man den Juden die Schuld daran: „Darum vertrieb man sie abermal in diesen Landen, und wurden ihrer viel vertilget.“ Die nach dem Pogrom von 1349 verschlossene Synagoge wurde umgebaut zu einer christlichen Kapelle, mit einem Turm versehen, und am 22. Juli 1384 geweiht.

Die Unruhen von 1819

Wesentlich besser ist die Quellenlage für antijüdische Unruhen, die sich vor 200 in Meiningen zutragen. Im Stadt- und Staatsarchiv finden sich hierzu Akten. Darüber hinaus berichteten zahlreiche deutsche Zeitungen, aber auch Blätter aus England, Amerika und der Schweiz.

Zwar gab es diesmal keine Toten und wohl auch keine Verletzten. Aufmerksamkeit erregten die Meininger Vorgänge im Frühjahr 1819 aber, weil sie als Rückkehr ins Mittelalter erschienen. Ab August kam es dann auch in Würzburg und später in Frankfurt am Main, Karlsruhe, Hamburg zu Ausschreitungen gegen Juden, auch in Dänemark. Sie gingen als „Hep-Hep-Krawalle“ in die Geschichte ein.

Der Schriftsteller Friedrich Schlegel schrieb im August 1819: Es sei, „als ob der wild gewordene Zeitgeist gerade am verkehrtesten Ende wieder in die ‚Finsternis des Mittelalters‘ zurückkehren wollte. In Meiningen sind wirklich alle Juden aus der Stadt getrieben worden, doch ohne dass jemand ums Leben gekommen; in Würzburg wurden mehrere Tage hindurch die Häuser der Juden geplündert und sind von den Bürgern und Soldaten einige verwundet [...], und nach heute eingelaufenen Nachrichten sind auch in Frankfurt ähnliche Unruhen gewesen, besonders auch gegen Rothschilds Haus. Die Krankheit des Zeitalters nimmt einen ganz eignen Charakter an, der gar niederschlagend ist für jeden, der die deutsche Nation liebt“.

Was war in Meiningen, das sonst als politisch sehr ruhiger Ort galt, vorgefallen?

In Meiningen durften seinerzeit keine Juden wohnen. Die jüdischen Kaufleute lebten daher in den be-

nachbarten Orten Dreißigacker und Walldorf. Erst im Oktober 1809 gestattete Herzogin Luise Eleonore der Familie Israels Söhne, später Romberg genannt, zur Sicherheit ihres Warenlagers über Nacht in ihrem Quartier in Meiningen verbleiben zu dürfen. Hoffaktor Jacob Romberg und Hofagent Joseph Romberg, die Waren für das Meininger Herzogshaus lieferten, durften Häuser in Meiningen kaufen. Sie wurden ihnen aber nicht zugeschrieben, so dass sie keine Steuern darauf zahlen mussten. Um dies zu ändern, wies die Herzogin den Stadtrat im Dezember 1818 an, die Zuschreibung vorzunehmen. Das Gremium blieb jedoch zunächst untätig.

Ab Februar 1819 verschärfte sich die Lage für die jüdischen Kaufleute. Amtsdienere entfernten die Schilder an den Quartieren der Kaufleute Bernhard Meyer Strupp und Brüder Kayser. Diese protestierten, da sie seit drei beziehungsweise zehn Jahren Schilder ausgehängen und ihre Waren feilgeboten hätten.

Als der Stadtrat zur Zuschreibung der Häuser eine Anhörung durchführte, erschienen um die 400 Bürger. Juden hätten schon über manche Stadt Unglück und Elend gebracht, behauptete ein Bürger. Der Stadtrat wurde aufgefordert, sofort alle jüdischen Läden schließen zu lassen. Die Bürger wollten zudem keine Quartiere mehr an Juden vermieten. Laufende Mietverträge sollten gekündigt werden. Am 26. Februar beschied der Stadtrat, dass Rombergs ihre Läden sofort schließen müssten. Rombergs und andere jüdische Kaufleute protestierten bei der herzoglichen Regierung gegen die Schließung ihrer Läden. Die Herzogin verfügte im März, dass Rombergs ihre Handlung fortführen dürften. Zudem dürften diese mit ihren Familien in ihren Häusern wohnen. Als Simon Romberg den Laden am 15. März wiedereröffnete, wurde er aber vor den Stadtrat zitiert. Dort erwarteten ihn 16 Syndizi, die von Bürgern in der Angelegenheit der Juden als Rechtsbeistand gewählt worden waren, sowie eine Menge Bürger. Romberg wurde angewiesen, den Laden wieder zu schließen, wenn er sich keiner Gefahr aussetzen wollte.

Beistand durch Rothschild

Unterstützung erhielten Rombergs von der berühmten jüdischen Familie Rothschild aus Frankfurt am Main. Amschel Meyer von Rothschild richtete einen Brief an Herzogin Luise Eleonore. Er machte geltend, dass das Vorgehen gegen Rombergs für die ganze israelitische Nation vom schädlichsten Einfluss sein

könne. Die Entscheidung des deutschen Bundestags über das künftige Schicksal der Juden stünde nicht mehr fern und dies könne „leicht durch einen solchen einzigen Vorfall eine für die Nation sehr nachteilige Richtung bekommen“.

Großer Menschaufmarsch

Derweil wurden die jüdischen Kaufleute bedrängt, bis zum 1. April ihre Läden in Meiningen zu räumen. Einem Kunden, der bei Rombergs einkaufte, nahmen Bürger die Ware wieder weg. Am Mittwoch, den 7. April, eskalierte die Situation. Die Bürgerschaft versammelte sich morgens vor dem Rathaus. Aus allen Straßen liefen Bürger herbei und wollten zum Quartier der jüdischen Brüder Kayser. Polizeileutnant Trinks sah sich nicht im Stande, mit seinen Polizeidienern „diesen Unfug“ zu verhindern. Vizekanzler Freiherr von Donop und Bürgermeister Heim begaben sich zum Rathaus, um die Bürger von eigenmächtigen Handlungen abzuhalten.

Die Viertelsmeister, die gewisse Rechte besaßen und die Bürger vertraten, erklärten ebenso wie die Syndizi, sie könnten die Bürger nicht mehr zurückhalten. Zur Vermeidung eines Exzesses sollte das Kaysersche Quartier geräumt werden. Den Bürgern wurde das Strafbare der Selbsthilfe vor Augen geführt. Der Metzger Eberhard Leister, unterstützt von anderen, machte jedoch geltend, wenn die Kayserschen Waren nicht am gleichen Tag noch fortgebracht würden, müssten sie es selbst machen. Der hinzukommende Schlossermeister Hahn berichtete, dass in den Gassen „Bürger heraus!“ gerufen werde. Die Leute strömten von allen Seiten herbei. Metzger Ernst Rink kam hinzu, in dessen Haus das Quartier der Brüder Kayser war. Er berichtete, dass bei ihm gerade der größte Unfug verübt werde, Bürger würden die Kayserschen Waren fortschaffen.

Mittags rief Amtsmann Melzhaimer den Kaufmann Simon Romberg zu sich ins Amt. In Anwesenheit von Syndizi forderte er Romberg auf, noch am selben Tag mit seiner bettlägerigen Frau die Stadt zu verlassen. Ansonsten bekäme er nachts denselben Aufmarsch, welcher eben noch in der Marktstraße und vor dem Schlundhaus stattfände. Zudem bekäme er eine Karre vor die Tür, in die er samt Frau gesetzt und nach Walldorf gebracht würde.

Ein Reisender, der am 7. April mittags nach Meiningen gekommen war, berichtete, dass Juden zwei Stunden vor seiner Ankunft auf sieben Holzwagen nach Dreißigacker geschafft worden seien. Bis zur seiner

Abreise am Karfreitag seien Tag und Nacht Sicherheits-Patrouillen in der Stadt herumgeschweift. Die Soldaten gehörten den 1. bis 3. Kompanien an. An sie wurden 887 Portionen Brot ausgegeben. Mit dem Soldatenlohn entstanden Kosten von 328 Gulden.

Untersuchung angeordnet

Die Herzogin setzte eine Kommission ein, welche die Ereignisse vom 7. April auf das Strengste untersuchen sollte. Die Rädelsführer sollten ermittelt und der Schaden der Brüder Kayser geschätzt werden. Auf Plakaten hieß es, dass öffentliche und heimliche Zusammenkünfte sofort mit militärischer Gewalt gesprengt würden.

Bernhard Meyer Strupp erhielt derweil vom Hofkantor Schilling die Drohung, wenn er sein Warenlager nicht binnen vier Tagen räume, würde es ihm schlimmer ergehen als Kayser. Strupp machte vergeblich gegenüber der Regierung geltend, dass sein Mietvertrag noch zwei Jahre laufe. Er erinnerte an seine wichtigen Dienste, die er in den Jahren der Teuerung 1816 und 1817 für das Land geleistet habe. Jacob Romberg wurde gezwungen, sein Haus an die Bürgerschaft zu verkaufen.

Die Untersuchungskommission kritisierte den Stadtrat. Dieser sei zu nachgiebig gegenüber den Bürgern gewesen. Die Schilder der jüdischen Handlungen hätten nicht entfernt und die Juden nicht aus der Stadt getrieben werden dürfen. Zudem sei das Syndikat nicht ordnungsgemäß errichtet worden und habe höchstens aus vier Mann statt aus 16 bestehen dürfen.

Die Herzogin war bereit, die Vorgänge hinsichtlich des Handelns von Privatpersonen zu vergessen. Zur Erhaltung der Sicherheit und Ruhe hielt sie es aber für erforderlich, sich der Untadelhaftigkeit sämtlicher einwirkender Unterbehörden zu versichern. Als am 31. August 1819 mit den Viertelsmeistern und Syndizi über Rombergs gesprochen wurde, kam es wieder zu einer Bürgeransammlung. Um einen erneuten Tumult zu verhindern, wurden wiederum Soldaten eingesetzt. Diese bezogen Stellung vor dem Rathaus und den beiden „Judenhäusern“.

Negativpresse

Die Handelsverhältnisse der Juden wurden schließlich durch eine Vorschrift vom 25. Oktober 1819 geregelt. Der Ruf Meiningens blieb allerdings geschädigt. Die Deutsche Monatsschrift für Literatur und öffentliches Leben meinte noch über zwanzig Jahre später wegen der Vorgänge von 1819, dass „in keinem der kleineren Staaten Deutschlands (...) die fast fanatische Abneigung der Einwohnerschaft gegen die Juden so abstoßend und empörend, so aller Humanität und Zivilisation zuwider (gewesen ist), als in der Hauptstadt dieses Ländchens, in Meiningen.“



Bernhard Meyer Strupp (Ölgemälde) gehörte zu den jüdischen Kaufleuten, die 1819 bedroht und bedrängt wurden, die Stadt zu verlassen.

kommen. Am 21. März 1349 folgte ein Massenmord in Erfurt. Eine große Zahl wurde in der Synagoge erschlagen – das Gebäude steht heute noch und beherbergt ein Museum. Tausende Juden sollen zudem in ihren Häusern verbrannt sein. Auch wenn die damals grassierende Pest die hiesigen Städte noch nicht erreicht hatte, wurde den Juden Brunnenvergiftung vorgeworfen. Aufgrund der Massenmorde ist naheliegender, dass das bis dahin verschonte Meiningen Anziehungspunkt für flüchtende Juden war.

Zum Feuertod verurteilt

In Meiningen gab es eine Synagoge, gelegen am heutigen Platz An der Kapelle. Da für einen jüdischen Gottesdienst zehn Männer notwendig sind, dürften jedenfalls um die zehn jüdische Familien in Meiningen anständig gewesen sein. Am Karfreitag, den 10. April 1349, sollen laut Chronik Bürger die Juden gefangen genommen haben. Man sei fliehenden Juden nachgefolgt und habe diese dann „erschlagen und erlegt“. Güth schildert weiter, dass die gefangenen Juden „mit ihrem ganzen Gesind, Weib und Kind, und was sie ihnen angehörig gehabt“ vom Bischof Albert zu Würzburg zum Feuertod verurteilt und am 17. Juli 1349 verbrannt worden seien. Zwei schönen Juden-Mädchen sei von zwei Bürgersöhnen angeboten worden, sie zu heiraten. Vorausgesetzt, sie lie-



Beschädigter Ruf: Sogar der New-York Spectator berichtete am 30. Juli 1819 von den Ausschreitungen in Meiningen gegen die jüdische Bevölkerung.



Johann Sebastian Güth berichtet in der Meininger Chronik vom Judenpogrom im Jahre 1349.